Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderates**

der Gemeinde **Roßleithen**

am **20. Juni 2008**

Tagungsort: Sitzungszimmer der Gemeinde

Anwesende

1. Bürgermeisterin Gabriele Dittersdorfer als Vorsitzende (SPÖ)			
2. Vzbgm. Johannes Glanzer	(SPÖ)	11. Gde.Rat Florian Pernkopf	(ÖVP)
3. Gde.Rat Kurt Pawluk	(SPÖ)	12. Gde.Rat DI Horst Peter Wolff	(ÖVP)
4. Gde.Vorstand Karl Graßecker	(SPÖ)	13. Gde.Rat Reinhard Menneweger	(ÖVP)
5. Gde.Rat Gert Kirisits	(SPÖ)	14. Gde.Rat Stefan Schober	(ÖVP)
6. Gde.Rat Gerlinde Grill	(SPÖ)	15. Gde.Rat Roman Perner	(FPÖ)
7. Gde.Rat Kurt Radaelli	(SPÖ)	16.	
8. Gde.Rat Walter Winkler	(SPÖ)	17.	
9. Gde.Vorstand DI Josef Stummer	(ÖVP)	18.	
10. Gde.Vorstand Wilhelm Stöger	(ÖVP)	19.	

Ersatzmitglieder:

Gde.Rat Hermann Redtenbacher	(SPÖ)	für Gde.Rat Helga Schöngruber	(SPÖ)
Gde.Rat Wolfgang Atzmüller	(SPÖ)	für Gde.Rat Thomas Windhager	(SPÖ)
Gde.Rat Herbert Mayr	(SPÖ)	für Gde.Rat Horst Humpelsberger	(SPÖ)
Gde.Rat Horst Baumschlager	(ÖVP)	für Gde.Rat Hubert Schmeißl	(ÖVP)

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Eugen Schmid

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990):

Es fehlen:

entschuldigt:			
Gde.Rat Helga Schöngruber	(SPÖ)	Gde.Rat Josef sen. Kälhs (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Wolfgang Peböck (Ers.)	(SPÖ)	Gde.Rat Herbert Antensteiner (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Jakob Pfeiffenberger (Ers.)	(SPÖ)	Gde.Rat Edmund Eckhart (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Margit Maratschek (Ers.)	(SPÖ)	Gde.Rat Josef Schauer (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Thomas Windhager	(SPÖ)	Gde.Rat Michael Grill (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Hubert Schmeißl	(ÖVP)	Gde.Rat Martina Aigner (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Elfriede Schober (Ers.)	(ÖVP)	Gde.Rat Martin Mayr (Ers.)	(ÖVP)
Gde.Rat Alexandra Stummer (Ers.)	(ÖVP)	Gde.Rat Willibald Kaltenbrunner (Ers.)	(ÖVP)

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990): AL Eugen Schmid und Melanie Andreuzzi

Die Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihr – der Bürgermeisterin - einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 04.06.2008 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 17.04.2008 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

- Es wird durch Handhebung einstimmig beschlossen, folgende von der Bürgermeisterin eingebrachten Dringlichkeitsanträge als zusätzliche Tagesordnungspunkte zu behandeln:

14.) Altbürgermeister Manfred Atzmüller – Ernennung zum Ehrenbürger und Verleihung des Ehrenringes

15.) Pießling Ursprung – ortspolizeiliche Verordnung generelles Verbot für Befahrungs- und Tauchgänge

16.) Grundkauf „Hackl“, Zwischenfinanzierung – Darlehensverlängerung

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Alfred Mühle – Änderung des Flächenwidmungsplanes (Änderungsplan Nr. 4/31/2008); Beschlussfassung
2. Franz und Marianne Duller – Änderung des Flächenwidmungsplanes (Änderungsplan Nr. 4/32/2008); Beschlussfassung
3. Heimo und Hedwig Steinberger – Änderung des Flächenwidmungsplanes (Änderungsplan Nr. 4/33/2008); Beschlussfassung
4. Herta Kuenburg, Roßleithen 53 – Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes; Einleitungsverfahren
5. Betreubares Wohnen; Vereinbarung mit LAWOG (Beilage A)
6. Betreubares Wohnen; Konzeptbeschluss (Beilage B)
7. Gewährung einer Bedarfszuweisung für die Kinderspielplatzerrichtung im Bereich der Siedlung Rading; Beschlussfassung des Finanzierungsplanes
8. Gewährung einer Bedarfszuweisung für den Löschwasserbehälterbau Tamberg; Beschlussfassung des Finanzierungsplanes
9. Verschiedene Darlehenserstreckungen im Sinne der Forderung der Aufsichtsbehörde vom 20.05.2008 (Beilagen C – E)
10. Rechnungsabschluss 2007 - Prüfbericht der BH Kirchdorf; Kenntnisnahme
11. Regions-Erlebnishallenbad Spital am Pyhrn; Grundsatzbeschluss
12. Erlassung einer neuen Geschäftsordnung für Kollegialorgane (Beilage F)
13. Erlassung einer neuen Dienstbetriebsordnung (Beilage G)
14. Altbürgermeister Manfred Atzmüller – Ernennung zum Ehrenbürger und Verleihung des Ehrenringes (Dringlichkeitsantrag)
15. Pießling Ursprung – ortspolizeiliche Verordnung generelles Verbot für Befahrungs- und Tauchgänge (Dringlichkeitsantrag)
16. Grundkauf „Hackl“, Zwischenfinanzierung – Darlehensverlängerung (Dringlichkeitsantrag); (Beilage H – I)
17. Allfälliges

Zu 1.)

Alfred Mühle – Änderung des Flächenwidmungsplanes (Änderungsplan Nr. 4/31/2008); Beschlussfassung

Bericht der Bürgermeisterin:

Herr Alfred Mühle, 4574 Vorderstoder 7, hat mit Schreiben vom 24.01.2008 um Änderung des Flächenwidmungsplanes ersucht.

Er beabsichtigt, das laut vorliegendem Katasterplan ersichtliche Teil-Grundstück Nr. 464, KG Roßleithen, im Ausmaß von ca. 3500 m² in Wohnbaugebiet umzuwidmen, weil es Bauinteressenten gibt.

Die begehrte Fläche ist im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Roßleithen als Grünland ausgewiesen und befindet sich nordwestlich angrenzend an die „Duller-Siedlung-neu“ in Schweizersberg. Ortswasserleitungs- und Kanalanschluss ist gegeben. Im ÖEK ist der Großteil der Parzelle für eine längerfristige Abrundung ausgewiesen.

Herr Mühle verpflichtete sich, nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17.04.2008 einstimmig beschlossen, das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren für ein Teilgrundstück aus Parzelle 464, KG Roßleithen, im Ausmaß von ca. 3.500 m² von Grünland in Wohnbaugebiet einzuleiten.

Mit Verständigung vom 18.04.2008 wurde sodann das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren Nr. 4/31/2008 eingeleitet. Von der beabsichtigten Planänderung wurde den öffentlichen Körperschaften sowie den von der Planänderung Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Es liegen durchwegs **zustimmende** Äußerungen (teils mit Auflagen) wie folgt vor:

- Wildbach- und Lawinenverbauung, Kirchdorf/Krems (mit Auflagen)
- Land OÖ., Abteilung Raumordnung
- Boden- und Baustoffprüfstelle (Geotechnisches Gutachten)
- Ortsplaner Arch. Dworschak
- Energie AG (mit Auflagen wegen 30-kV-Leitung)
- Bezirksbauernkammer Kirchdorf/Kr.
- Arbeiterkammer Kirchdorf/Kr.
- Wirtschaftskammer Kirchdorf/Kr.

Mit Herrn Murauer vom Gewässerbezirk Linz des Landes OÖ wurde die Situation am 10.06.2008 bei einem Lokalaugenschein mündlich besprochen. Er empfiehlt, vorerst einmal zu prüfen, ob der bestehende wasserrechtlich bewilligte Reinwasserkanal für die „Duller-Siedlung-neu“ ausreicht, die anfallenden Oberflächenwässer der weiteren Widmungsfläche noch aufzunehmen. Sollte dies möglich sein und trotzdem ein Retentionsbecken (Stauraumkanal o.ä.) gefordert werden, so würde er dessen Situierung im Bereich der geplanten Wegverlegung beim Hause Breitenbaumer (unterhalb der neuen Schotterstraße) empfehlen. Herr Franz Duller als betroffener Grundbesitzer wäre mit dieser Lösung einverstanden.

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.06.2008 einhellig empfohlen, den Umwidmungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren zu fassen. Im Sinne der Forderungen in den Stellungnahmen sind die Auflagen zu erfüllen. Als nächster Schritt sollte DI Rakusch beauftragt

werden, das seinerzeit von ihm erstellt und für den bisherigen Bestand wasserrechtlich genehmigte Entwässerungsprojekt zu erweitern und die wasserrechtliche Verhandlung abzuwarten.

In weiterer Folge sollten vom GR auch wieder Bebauungsrichtlinien (wie bei der bestehenden Siedlung „Duller-neu“) erlassen werden. Die Auflagen der Boden- und Baustoffprüfstelle, der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Energie AG, der Wassergenossenschaft und des geologischen Gutachtens werden in die Bebauungsrichtlinien eingearbeitet.

Über die geforderten Auflagen wurde der Grundbesitzer bereits mündlich informiert bzw. wurden ihm am 12.06.2008 Kopien darüber ausgefolgt.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 schloss sich der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses an, den Umwidmungsbeschluss für gegenständliches Änderungsbegehren zu fassen.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, hat Herr Mühle alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

GR Kirisits:

In der Bau- und Planungsausschusssitzung hat man sich mit dieser Flächenwidmungsplanänderung sehr intensiv befasst und ist zum Entschluss gekommen, dass dies eine gute Sache ist. Aufgrund der Vorkommnisse im Gschlifgraben ist man nun sensibilisiert. Falls es zu Schwierigkeiten kommen sollte, die man bei einer Bodenuntersuchung feststellt, so gibt es die zitierten Auflagen. Er stellt den Antrag, die Änderung des Flächenwidmungsplanes zu beschließen.

GR Perner:

Da trotz der bestehenden Schwierigkeiten die Möglichkeit besteht, das Flächenwidmungsplanänderungsverfahren durchzusetzen, schließt er sich dem gestellten Antrag an.

GR DI Wolff:

Er sieht es als sinnvolle Erweiterung der Wohnsiedlung und weist darauf hin, dass die Verkehrsbelastung während der Bauphase im Auge behalten werden sollte; besonders, falls Gefährdungen für Kinder entstehen.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Umwidmungsbeschluss für ein Teil-Grundstück Nr. 464, KG Roßleithen, im Ausmaß von ca. 3500 m² in Wohnbaugebiet gefasst.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, hat Herr Mühle alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Zu 2.)

***Franz und Marianne Duller – Änderung des Flächenwidmungsplanes
(Änderungsplan Nr. 4/32/2008); Beschlussfassung***

Bericht der Bürgermeisterin:

Die Ehegatten Duller haben mit Antrag vom 22.01.2008 um Flächenwidmungsplanänderung für weiteres Bauland gebeten. Mit Änderung Nr. 1b des ÖEK's im Jahre 2005 wurde die noch freie

Grundstücksfläche zwischen der erweiterten Duller-Siedlung und der Degleithen-Siedlung als kurz- bis mittelfristige Baulanderweiterung bewilligt. Die Ehegatten Duller beabsichtigen nun, diese etwas über 4.000 m² große Fläche, bestehend aus der Parzelle 465/1 und einem Teil von 466/1, beide KG Roßleithen, als weiteres Bauland laut beiliegendem Lageplan (Beilage) zu schaffen und zu veräußern.

Die begehrte Fläche ist im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Roßleithen als Grünland ausgewiesen, befindet sich aber unmittelbar zwischen zwei Siedlungsgebieten. Die Ehegatten Duller beantragten deshalb die Umwidmung in Wohngebiet und baten um ehestmögliche Einleitung des diesbezüglichen Änderungsverfahrens.

Gleichzeitig haben sich die Antragssteller verpflichtet, nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wird, alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17.04.2008 einstimmig beschlossen, das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren für das gewünschte Ausmaß von ca. 4.000 m² von Grünland in Wohnbaugebiet einzuleiten, weil die derzeit verfügbaren Baulandreserven im gesamten Gemeindegebiet beinahe erschöpft sind.

Mit Verständigung vom 18.04.2008 wurde sodann das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren Nr. 4/32/2008 eingeleitet. Von der beabsichtigten Planänderung wurde den öffentlichen Körperschaften sowie den von der Planänderung Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Es liegen durchwegs **zustimmende** Äußerungen (teils mit Auflagen) wie folgt vor:

- Wildbach- und Lawinenverbauung, Kirchdorf/Krems (mit Auflagen)
- Land OÖ., Abteilung Raumordnung
- Boden- und Baustoffprüfstelle (Geotechnisches Gutachten)
- Ortsplaner Arch. Dworschak
- Energie AG
- Bezirksbauernkammer Kirchdorf/Kr.
- Arbeiterkammer Kirchdorf/Kr.
- Wirtschaftskammer Kirchdorf/Kr.

Mit Herrn Murauer vom Gewässerbezirk Linz des Landes OÖ wurde die Situation am 10.06.2008 bei einem Lokalaugenschein mündlich besprochen. Er empfiehlt, gemeinsam für beide Umwidmungsbegehren (Mühle und Duller) vorerst einmal zu prüfen, ob der bestehende wasserrechtlich bewilligte Reinwasserkanal für die „Duller-Siedlung-neu“ ausreicht, die anfallenden Oberflächenwässer der weiteren Widmungsfläche noch aufzunehmen. Sollte dies möglich sein und trotzdem ein Retentionsbecken (Stauraumkanal o.ä.) gefordert werden, so würde er dessen Situierung im Bereich der geplanten Wegverlegung beim Hause Breitenbaumer (unterhalb der neuen Schotterstraße) empfehlen. Herr Franz Duller als betroffener Grundbesitzer wäre mit dieser Lösung einverstanden.

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.06.2008 einhellig empfohlen, den Umwidmungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren zu fassen. Im Sinne der Forderungen in den Stellungnahmen sind die Auflagen zu erfüllen.

In weiterer Folge sollten vom GR auch wieder Bebauungsrichtlinien (wie bei der bestehenden Siedlung „Duller-neu“) erlassen werden.

Über die geforderten Auflagen wurde der Grundbesitzer bereits mündlich informiert.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 schloss sich der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses an, den Umwidmungsbeschluss für gegenständliches Änderungsbegehren zu fassen.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, haben die Ehegatten Duller alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

GR Kirisits:

Wie die Bürgermeisterin schon berichtet hat, handelt es sich hier um eine ähnliche Situation wie unter TOP 1, außer dass hier die 30 kV Leitung wegfällt. Er stellt daher den Antrag, den Flächenwidmungsplan zu ändern.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Umwidmungsbeschluss für die etwas über 4.000 m² große Fläche, bestehend aus der Parzelle 465/1 und einem Teil von 466/1, beide KG Roßleithen, als Bauland gefasst.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, hat Fam. Duller alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Zu 3.)

***Heimo und Hedwig Steinberger – Änderung des Flächenwidmungsplanes
(Änderungsplan Nr. 4/33/2008); Beschlussfassung***

Bericht der Bürgermeisterin:

Die Ehegatten Steinberger, 4580 Pichl 88, haben mit Schreiben vom 12.03.2008 um Änderung des Flächenwidmungsplanes ersucht.

Sie beabsichtigten, ursprünglich das laut vorliegendem Katasterplan ersichtliche Teil-Grundstück Nr. 51/4, KG Pichl, im Ausmaß von 699 m² in Wohnbaugebiet umzuwidmen, weil sie dort einen Pavillon laut vorliegendem Planentwurf errichten wollen. Inzwischen wurde mit dem Grundnachbarn Brandstätter ein Grundtausch vorgenommen, sodass sich die begehrte Widmungsfläche laut Vermessungsplan vom 26.03.2008 auf insgesamt 567 m² reduzierte.

Die begehrte Fläche ist im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Roßleithen als Grünland ausgewiesen und befindet sich nordöstlich angrenzend an die als Wohngebiet gewidmete Parzelle ihres Wohnhauses. Das Areal liegt unmittelbar linksufrig des Dambaches. Laut bereits vorliegender Stellungnahme des WLW vom 08.01.2008 wird der Errichtung des Pavillons mit Auflagen zugestimmt. Im ÖEK ist die Parzelle nicht ausgewiesen.

Die Ehegatten Steinberger verpflichten sich, nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17.04.2008 einstimmig beschlossen, das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren für die begehrte Fläche von 567 m² (Trennstück Nr. 2 und 3 laut Vermessungsurkunde ZT Pilsinger vom 26.03.2008) von Grünland in Wohnbaugebiet einzuleiten.

Mit Verständigung vom 18.04.2008 wurde sodann das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren Nr. 4/33/2008 eingeleitet. Von der beabsichtigten Planänderung wurde den öffentlichen

Körperschaften sowie den von der Planänderung betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Es liegen durchwegs **zustimmende** Äußerungen (teils mit Auflagen) wie folgt vor:

- Wildbach- und Lawinenverbauung, Kirchdorf/Krems (mit Auflagen)
- Land OÖ., Abteilung Raumordnung (Ausdehnung des Baulandes nur soweit erlaubt, dass bestehendes altes (aber neu adaptiertes) Nebengebäude noch inkludiert ist. Baulandfläche für geplanten Gartenpavillon nordöstl. davon wird strikt abgelehnt)
- Land OÖ., öffentl. Wassergut
- Ortsplaner Arch. Dworschak
- Energie AG
- Bezirksbauernkammer Kirchdorf/Kr.
- Arbeiterkammer Kirchdorf/Kr.
- Wirtschaftskammer Kirchdorf/Kr.

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.06.2008 einhellig empfohlen, vorbehaltlich der noch nicht vorliegenden schriftlichen Stellungnahme der Raumordnungsbehörde, den Umwidmungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren im reduzierten Ausmaß zu fassen. Im Sinne der Forderungen der Vertreter der Raumordnungsbehörde und des Regionsbeauftragten für Naturschutz im Rahmen des Lokalausweises vom 05.06.2008 darf die bestehende Wohngebietswidmung nur soweit in nordöstliche Richtung ausgedehnt werden, dass sich das bestehende derzeit im Grünland befindliche Nebengebäude (Gartenhaus) in Zukunft im Bauland befindet. Die Restfläche muss im Grünland bleiben.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, haben die Ehegatten Steinberger alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Auch der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 sprach sich einhellig für den vorbehaltlichen Umwidmungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren im reduzierten Ausmaß aus, damit die Fläche, auf der sich das bestehende Nebengebäude befindet, legalisiert wird.

GR Pawluk:

Herr Steinberger wollte grundsätzlich einen Pavillon errichten; nun hat man festgestellt, dass das bestehende Gartenhaus sich auf Grünland befindet. Er meint, man sollte froh sein, dass die Fläche mit dem bestehenden Gartenhaus umgewidmet wird zum Bauland und somit der Familie Steinberger das Gartenhaus erhalten bleibt. Es hätte passieren können, dass das Gartenhaus abgerissen werden müsste. Er stellt den Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes.

GR Perner:

Er stimmt zu und schließt sich dem gestellten Antrag für eine positive Entscheidung an.

GR Baumschlager:

Der 3 Meter Abstand zur Grundgrenze wird eingehalten. Er sieht hier kein Problem und schließt sich deshalb dem gestellten Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Beschluss, die bestehende Wohngebietswidmung soweit in nordöstliche Richtung auszudehnen, dass sich das bestehende derzeit im Grünland befindliche Nebengebäude (Gartenhaus) in Zukunft im Bauland befindet. Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, haben die Ehegatten Steinberger alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Zu 4.)

***Herta Kuenburg, Roßleithen 53 – Antrag auf Änderung des
Flächenwidmungsplanes; Einleitungsverfahren***

Bericht der Bürgermeisterin:

Frau Herta Kuenburg, Roßleithen 53, hat mit Schreiben vom 08.05.2008 die Umwidmung der ihr gehörenden Grundstücke Nr. 838/6, 841/1, 842/4, 842/5, 846 und .216 im Gesamtausmaß von 1,6396 ha von derzeit Grünland in Wohnbaugebiet beantragt.

Die begehrte Fläche befindet sich unmittelbar östlich an die Häuserreihe entlang der Feierabendgasse in Roßleithen angrenzend und ist im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Roßleithen bis auf die südlichst gelegene Dreiecksfläche als Grünland ausgewiesen. Ortswasserleitungs- und Kanalanschlussmöglichkeit ist gegeben. Im Funktionsplan des ÖEK ist diese Fläche nicht aufgenommen. Es müsste daher auch das ÖEK geändert werden.

Laut vorliegendem Grundbuchsatzug bestehen am Großteil der genannten Grundstücke noch Dienstbarkeiten des Bauverbotes bzw. der Nichtverbauung zugunsten von Dr. Wilhelm Maiwald und Dr. Rudolf Keil. Beide sind inzwischen aber verstorben.

Es liegt nun im Ermessen des Gemeinderates, ob das beantragte Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren eingeleitet werden soll.

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.06.2008 einhellig empfohlen, den Einleitungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren zu fassen, damit man zu offiziellen Stellungnahmen gelangt und danach eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, sind die Gesuchsteller jedoch zu verpflichten, bei positiver Erledigung alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Abzuklären hat der Grundbesitzer auch die Sache mit den bestehenden Bauverboten. Eventuell müsste eine im Grundbuch ersichtlich gemachte Löschung vorgelegt werden.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 war sich nach kurzer Diskussion einig, den Einleitungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren dem Gemeinderat zu empfehlen.

GR Pernkopf:

Es ist eine relativ große Fläche, die Frau Kuenburg umzuwidmen begehrt. Wie es mit den Bauverboten aussieht, ist uns noch nicht ganz klar. Aber wie die Frau Bürgermeister bereits gesagt hat, sollte das Verfahren eingeleitet werden. Die zuständigen Fachgremien wissen, was dafür oder dagegen spricht. Er stellt den Antrag, das Verfahren einzuleiten.

GR Perner:

Auch er meint, dass das Verfahren eingeleitet werden sollte, zumal Wasser- und Kanalanschlussmöglichkeit gegeben sind und schließt sich dem Antrag an.

GR Pawluk:

Es ist sehr positiv, dass dort umgewidmet werden kann. Der Altbürgermeister meinte, dass Roßleithen eine „Hausbaugemeinde“ ist – dies würde sich dort gut bieten. Er schließt sich den Anträgen an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Einleitungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren gefasst, damit man zu offiziellen Stellungnahmen gelangt und danach eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, sind die Gesuchsteller jedoch zu verpflichten, bei positiver Erledigung alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Zu 5.)

Betreubares Wohnen; Vereinbarung mit LAWOG (Beilage A)

Bericht der Bürgermeisterin:

Im Hinblick auf die Errichtung einer Wohnhausanlage mit 12 betreubaren Seniorenwohnungen am gemeindeeigenen Grundstück Nr. 263/9, KG Pichl, hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 17.04.2008 den Baurechtsvertrag mit der LAWOG beschlossen.

Als weiteres ist nun mit der LAWOG eine Vereinbarung zu treffen, in der u.a. die Bestimmungen über Wohnungszuweisung und Nachbelegung, das Betretungsrecht, der Leerstand, die Mietverträge geregelt werden. Die diesbezügliche Vereinbarung, die auszugsweise verlesen wird, liegt im Entwurf vor und wäre nun vom GR zu beschließen.

Der Gemeindevorstand hat am 17.06.2008 einhellig empfohlen, die vorliegende Vereinbarung zu genehmigen.

GV Graßecker:

Er findet es gut, ein betreubares Wohnen für die Gemeinde zu bekommen. Die von der Bürgermeisterin soeben verlesene Vereinbarung mit der LAWOG ist dafür nötig; deshalb stellt er den Antrag, diese Vereinbarung zu beschließen.

GV DI Stummer:

Es wurde bereits alles gesagt. Er schließt sich dem Antrag von GV Graßecker an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig die als Beilage A angeschlossene Vereinbarung mit der LAWOG beschlossen.

Zu 6.)

Betreubares Wohnen; Konzeptbeschluss (Beilage B)

Bericht der Bürgermeisterin:

In Abstimmung mit der vom GR in seiner Sitzung am 17.04.2008 betrauten Betreuungsorganisation (Rotes Kreuz) wurde am 20.05.2008 das vorliegende Musterkonzept für das „Betreubare Wohnen“ in der Gemeinde Roßleithen der Sozialabteilung des Landes OÖ mit der Bitte um Freigabe vorgelegt. Es wird auszugsweise von der Bürgermeisterin verlesen.

Mit Schreiben des Landes OÖ, Abt. Soziales, vom 17.06.2008 wurden noch geringfügige Ergänzungen gefordert, die bereits erledigt sind, und das Konzept als solches unter Berücksichtigung der geforderten Punkte zur Beschlussfassung im Gemeinderat freigegeben.

Verlangt wurde u.a., im Konzept noch bezüglich der auf Seite 3 angegebenen Einrichtungen des täglichen Bedarfs mitzuteilen, welche Maßnahmen geplant sind, damit die Mieter/innen auch andere Einrichtungen, wie Arzt, Apotheke, Bank, Post, Kirche,... erreichen können. Diesbezüglich wurde geantwortet, dass neben den bereits angegebenen Einrichtungen ergänzend täglich noch ein Ruftaxi zur besseren Erreichbarkeit von Arzt, Apotheke, Bank, Post, Kirche etc. angeboten wird.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 sprach sich einhellig für die Beschlussfassung des vorliegenden, nach geforderten geringfügigen Ergänzungen seitens des Landes OÖ, Abt. Soziales freigegebenen Konzeptes für das „Betreubare Wohnen Roßleithen“ aus.

GR Grill:

Alle Fraktionen haben das Musterkonzept vorliegen und die Bürgermeisterin hat auch schon ausführlich darüber berichtet. In diesem Konzept sind die baulichen Maßnahmen, die Beschreibung des Standortes, Betreuung, Kosten, etc. festgehalten. Kurz gesagt sind in dem Konzept alle Rechte und Pflichten zwischen Mieter und Vermieter schriftlich erfasst. Sie stellt den Antrag, das Konzept für das betreubare Wohnen zu beschließen.

GV DI Stummer:

Er schließt sich dem Antrag von GR Grill an. Das betreubare Wohnen versucht, selbstgestaltbares und eigenständiges Leben im Alter zu ermöglichen. Dafür ist der Aufbau eines sozialen Netzwerkes durch die Gemeindeglieder von Roßleithen unbedingt notwendig. Er sieht dieses vorliegende Konzept als „Eckpfeiler“ und denkt, alle Vereine und Freiwillige unserer Gemeinde sind gefordert, ein soziales Netzwerk zu gestalten, damit sich die Bewohner des betreubaren Wohnens wohl fühlen. Er regt zu Seite 5 des Konzeptes bei den Wahlleistungen an, dass man sehr gute private Betreuungs- und Hauskrankenpflegeeinrichtungen wie Hilfswerk, Caritas und Volkshilfe hat. Er meint, dass diese Einrichtungen zusätzlich zum Roten Kreuz als örtliche Anbieter ergänzt werden sollten, weil es bei den Wahlleistungen den Bewohnern möglich ist, aus allen möglichen Privaten auszuwählen. Weiters merkt er an, dass die Gemeinde das Grundstück gegen ein jährliches Entgelt von € 100,- im Baurecht an die LAWOG übertragen hat und sich dieser Grundstückspreis mit € 0,3 pro Quadratmeter auf die monatliche Miete auswirkt. Ihm ist dies nicht ganz klar – das wären € 15,- bei einer 50 m² Wohnung. Das wären € 180,- pro Jahr bei einer Wohnung. In Summe laut Konzept erhalten wir nur € 100,- pro Jahr.

Bgm. Dittersdorfer:

Die LAWOG hat erklärt, dass dies reine Formsache ist. Es ist ein vorgegebener Wert. Man wird aber diesen Punkt mit der LAWOG noch abklären.

GR Perner:

Er denkt, dass es mehr Gefühl an Sicherheit für jene bedeutet, die im betreubaren Wohnen einziehen werden. Er schließt sich den gestellten Anträgen an.

Bgm. Dittersdorfer:

Auch sie bestätigt die Aussage von GV Stummer, dass die Vereine miteingebunden werden sollten. Das Betreubare Wohnen ist nicht fertig sobald es gebaut ist, sondern dann fängt die Arbeit erst wieder richtig an. Man muss sich bemühen, den Bewohnern etwas zu bieten. Hier sind unsere Vereine wirklich gefordert – nicht nur zu Weihnachten, sondern das ganze Jahr über sollte den Bewohnern eine nette Freizeitbeschäftigung geboten werden.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig das als Beilage B angeschlossene Konzept für das betreubare Wohnen in Roßleithen beschlossen.

Zu 7.)

Gewährung einer Bedarfszuweisung für die Kinderspielplatzerrichtung im Bereich der Siedlung Rading; Beschlussfassung des Finanzierungsplanes

Die Bürgermeisterin berichtet:

Die Errichtung des Kinderspielplatzes in Rading ist bereits im Gange. Die Erdarbeiten sind abgeschlossen und die Spielgeräte sind bestellt.

Die Gemeinde Roßleithen hat mit Antrag vom 29.01.2008 um Gewährung einer Bedarfszuweisung für die Kinderspielplatzerrichtung im Bereich der Siedlung Rading angesucht.

Auf den Antrag um Gewährung einer Bedarfszuweisung für dieses Vorhaben folgte am 25.04.2008 ein Schreiben des Landes OÖ, worin folgende Finanzierungsmöglichkeit aufgezeigt wurde:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt in EURO
Rücklagen								0
Anteilsbetrag o.H.								0
Interessentenbeiträge								0
Vermögensveräußerung								0
Darlehen (Förderungs)								0
Darlehen (Bank)								0
sonstige Mittel								0
Bundeszuschuss								0
Landeszuschuss - Wo		6.692						6.692
Bedarfszuweisung			3.292					3.292
Summe in €	0	6.692	0	0	0	0	0	9.984

Vom Gemeinderat wäre nun obiger Finanzierungsplan zu beschließen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 17.06.2008 einhellig empfohlen, obigen Finanzierungsplan zu beschließen. Weiters hat der Gemeindevorstand die Vergabe der Spielgeräte durchgeführt. Den Auftrag erhielt die Firma Gestra. Den Familien von Rading ließ man schriftlich jeweils drei Vorschläge von den Spielgeräten zur Auswahl zukommen. Nach vielen Rückmeldungen konnte man sich für drei Spielgeräte entscheiden.

GR Pernkopf:

Es ist nun alles sehr schnell gegangen – er meint, dass viel Information beim Familienausschuss vorbeigegangen ist. Er erinnert, dass in der letzten Ausschusssitzung besprochen wurde, auch einheimische Anbieter von Spielgeräten zu berücksichtigen.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie hat keine heimischen Anbieter gefunden. Sie hat auch Baumgartner Ulrich gefragt, der aber keinen Anbieter von Roßleithen wusste. Es hat ihr keiner sagen können, wer in Roßleithen TÜV-geprüfte Spielgeräte herstellt. Es waren vier Anbieter hier, die sich den Spielplatz vor Ort angesehen haben.

GR Perner:

Er meint, dass ein Spielplatz eine wichtige Notwendigkeit ist; besonders im Siedlungsbereich. Für die Geräte benötigt man ein entsprechendes Sicherheitskonzept und daher ist es gut, wenn konzessionierte Firmen dort arbeiten. Er stellt den Antrag, den Finanzierungsplan zu beschließen.

GR Radaelli:

Er erinnert, dass am 22.06.2007 der Grundsatzbeschluss für die Errichtung des Kinderspielplatzes auf der gemeindeeigenen 1.055 m² großen Parzelle gefasst wurde. Schön, dass das Geld vom Land bezahlt wird; auch wenn es erst 2009 kommt. Er hofft, dass am Spielplatz rege Teilnahme herrschen wird und genutzt wird. Er freut sich schon auf einen belebten, vollen Spielplatz. Er schließt sich dem gestellten Antrag an, die Bedarfszuweisung für den Kinderspielplatz zu beschließen.

GR Menneweger:

Er schließt sich seinen Vorrednern an. Es ist fein, dass es nun soweit ist. Was vorher so lange gedauert hat, ist nun so schnell gegangen, dass er sich der Aussage von GR Pernkopf anschließen muss. Es war die Art und Weise im Ausschuss etwas anders vereinbart worden; so wurden z.B. die Familien von Rading doch nicht eingeladen. Es ist schade, dass keine heimischen Firmen gefunden wurden. Er schließt sich dem gestellten Antrag an.

Bgm. Dittersdorfer:

Im Familienausschuss wurde besprochen, die Partizipation zu nützen und die Familien von Rading vor Ort einzuladen. Jedoch wären das über 100 Leute; auch das Wetter war nie stabil genug und es war nicht klar, wie diese Besprechung gemacht werden sollte. Daher entschied sie sich, die Familien mit Kindern von Rading anzuschreiben und die Fotos von den Spielgeräten, die angeboten wurden, zu schicken. Ein Gerät, für das man €3.000,- von der LR Stöger bekommt, sollte sportlicher Natur sein. Bei den Schaukeln entschieden sich die meisten für die Nestschaukel. Auf die Spielgeräte ist eine Lieferzeit von 6 bis 10 Wochen, deshalb entschied sie sich für diese schnelle Vorgangsweise. Sie meint, dass der Familienausschuss auch nichts anderes entschieden hätte. Sie hofft, keinen groben Fehler gemacht zu haben.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig obiger Finanzierungsplan für die Kinderspielplatzerrichtung im Bereich der Siedlung Rading beschlossen.

Zu 8.)

***Gewährung einer Bedarfszuweisung für den Löschwasserbehälterbau Tamberg;
Beschlussfassung des Finanzierungsplanes***

Die Bürgermeisterin berichtet:

Laut Schreiben des Landes-Feuerwehrkommandos OÖ vom 17.07.2007 befinden sich im Bereich des Tamberges mehrere landwirtschaftliche Objekte, welche jedoch mehrere 100 m voneinander entfernt sind. Diese landwirtschaftlichen Objekte wurden dieserzeit durch 3 Löschwasserbehälter

(aufgelassene Güllegruben) mit je ca. 20 m³ Inhalt mit Löschwasser versorgt, jedoch war diese Versorgung bei weitem nicht ausreichend und die nächstmögliche Löschwasserentnahmestelle ist der Pießlingbach, welcher auch wieder mehrere 100 m entfernt liegt und ein erheblicher Höhenunterschied zu überwinden ist.

Von Seiten des Landes-Feuerwehrkommando OÖ wurde der Bau einer gedeckten Löschwasseranlage mit 100 m³ Inhalt im Kreuzungsbereich des Gutes Abraham empfohlen, da dieser Hof zentral liegt und der Aufbau einer Löschwasserleitung zu den Höfen Grasser (ebenfalls 20 m³ vorhanden) bzw. Hunger (ebenfalls 20 m³ vorhanden) gewährleistet ist.

Die Errichtung des Löschwasserbehälters Tamberg ist bereits fertiggestellt und mit einer Auftragssumme von € 20.326,61 beziffert. Mit den Nebenarbeiten werden die Baukosten knapp € 21.000,-- übersteigen.

Die Gemeinde Roßleithen hat mit Antrag vom 18.02.2008 um Gewährung einer Bedarfszuweisung für den Löschwasserbehälterbau Tamberg angesucht.

Auf den Antrag um Gewährung einer Bedarfszuweisung für dieses Vorhaben folgte am 25.04.2008 ein Schreiben des Landes OÖ, worin folgende Finanzierungsmöglichkeit aufgezeigt wurde:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt in EURO
Rücklagen								0
Anteilsbetrag o.H.		1.500						1.500
Interessentenbeiträge								0
Vermögensveräußerung								0
Darlehen (Förderungs)								0
Darlehen (Bank)								0
sonstige Mittel								0
Bundeszuschuss								0
Landeszuschuss - LFK		8.500						8.500
Bedarfszuweisung		11.000						11.000
Summe in €	0	21.000	0	0	0	0	0	21.000

Vom Gemeinderat wäre nun obiger Finanzierungsplan zu beschließen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 17.06.2008 einhellig empfohlen, obigen Finanzierungsplan zu beschließen.

AL Schmid:

Er bemerkt, dass der Löschwasserbehälter nächste Woche von der Feuerwehr befüllt wird. Nach der Befüllung wird eine Überprüfung stattfinden.

GV Graßecker:

Der Löschwasserbehälter für den Tamberg ist sehr wichtig. Vorher standen nur 20 m³ zur Verfügung. Es ist gut, wenn der Behälter nächste Woche befüllt wird und stellt den Antrag, den Finanzierungsplan in vorliegender Form zu beschließen.

GV Stöger:

Er schließt sich dem gestellten Antrag an, die Bedarfszuweisung für den Löschwasserbehälter in der vorliegenden Form zu beschließen. Er bemerkt, dass der Abraham (jener Bauer, dem der Grund gehört) nicht glücklich ist über die Vorgangsweise. Z.B. hätte man sich von der Gemeinde aus vor Baubeginn melden können. Mit der Art und Weise des Aussteckens war er nicht zufrieden.

AL Schmid:

Seitens der Gemeinde wurde mit ihm der Vertrag abgeschlossen und danach telefonisch ein Gespräch geführt bzw. der Termin des Baubeginns bekannt gegeben.

Bgm. Dittersdorfer:

Sogar unmittelbar vor Baubeginn wurden alle betroffenen Anrainer rechtzeitig telefonisch verständigt.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig obiger Finanzierungsplan für den Löschwasserbehälterbau Tamberg beschlossen.

Zu 9.)

***Verschiedene Darlehenserstreckungen im Sinne der Forderung der
Aufsichtsbehörde vom 20.05.2008 (Beilage C – E)***

Bericht der Bürgermeisterin:

Mit Erlass Gem-300030/179-2005-Sec/Pü vom 04.10.2005 hat das Land OÖ über die Änderung der Bundesförderungsrichtlinien 2001 für den Siedlungswasserbau informiert, insbesondere über die Möglichkeit, laufende, alte Darlehen (die nach den Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes 1993 eine Laufzeit von 25 Jahren aufweisen und vom Bund mit Annuitätzuschüssen gefördert werden) zu optimieren. Für Abgangsgemeinden stellte diese Möglichkeit keine Option, sondern eine Verpflichtung dar; Abgangsgemeinden haben Siedlungswasserbaudarlehen grundsätzlich mit einer Laufzeit von 33 Jahren aufzunehmen bzw. laufende auf 33 Jahre zu strecken.

Mit Schreiben vom 28.05.2008 ersucht das Land OÖ um die Umsetzung der Darlehenserstreckung und Übermittlung eines Vollzugsberichtes bis 30.09.2008. Es wird darauf hingewiesen, dass ein allfälliger Antrag auf Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln für den Ausgleich des ordentlichen Haushaltes 2007 erst nach Vorliegen eines Vollzugsberichtes bearbeitet wird.

Streckung diverser Darlehen (lt. Aufforderung Land OÖ vom 20.05.2008)

Bank	Darlehen für:	Darlehensstand per 01.07.2008	Alt			Neu			Jährliche Reduzierung der Annuitäten
			Laufzeit bisher	Zinssatz bisher	Annuitäten jährlich bisher	Laufzeit neu	Zinssatz neu	Annuitäten jährlich nach Erstreckung	
Spark. Kremsta	KG-Erweiterg.-	17.361,52	05/07 - 11/11		5.439,52	05/07 - 11/16		2.568,74	2.870,78
Raiba Wdg	Kanal BA 04 -	103.243,67	05/06 - 05/11	5,108%	38.607,18	05/06 - 11/38	5,108%	6.772,96	31.834,22
Raiba Wdg	Kanal BA 06 -	12.309,50	01/06 - 12/10	4,907%	6.582,18	01/06 - 11/38	4,907%	785,72	5.796,46
Raiba Wdg	Kanal BA 05	254.834,03	*						
Spark. Kremsta	Kanal BA 05	200.207,50	*						
Raiba Wdg	WVA Erweiteru.	90.381,00	*						
Raiba Wdg	Kanal BA 07	319.583,44	*						
PSK	Kanal BA 08	187.116,72	*						
								Gesamt	40.501,46

* Diese Darlehen werden derzeit noch als Zwischenfinanzierungsdarlehen geführt - d.h. es werden keine Tilgungsraten geleistet - lediglich Zinsen.
Nach Abschluss der Bauarbeiten bei den angeführten Vorhaben ist vorgesehen, die Tilgungen nach der vorgegebenen Laufzeit (33 Jahre) abzuwickeln.

Vzbgm. Glanzer:

Im Sinne der Forderung der Aufsichtsbehörde sind die Darlehenserstreckungen durchzuführen. Er stellt dafür den diesbezüglichen Antrag.

GR Perner:

Aufgrund der Vorschreibung der Aufsichtsbehörde kann die Gemeinde nicht aus. Kurzfristig ergibt es eine Verbesserung, jedoch auf lange Sicht gesehen eine Mehrbelastung. Er schließt sich dem gestellten Antrag an.

GVDI Stummer:

Als Privatperson würde er dies nie tun, da es langfristig gesehen eine Belastung ist. Der Gesetzgeber schreibt es vor – er möchte die jährlichen OH-Belastungen verringern. Wir sind verpflichtet dazu; deshalb schließt er sich dem gestellten Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung werden einstimmig die Darlehenserstreckungen wie oben angeführt und die als Beilage C – E angeschlossenen Darlehensverlängerungsurkunden

- o Sparkasse Kremstal-Pyhrn Kredit-Nr. 5007-201584 (Beilage C) von
bisherigem Laufzeitende 11/2011 auf 11/2016 (für Kindergartenerweiterung)
- o Raiffeisenbank Windischgarsten Kredit-Nr. 804-00.010.017 (Beilage D) von
bisherigem Laufzeitende 05/2011 auf 11/2038 (für Ortskanalisation – BA 04)
- o Raiffeisenbank Windischgarsten Kredit-Nr. 801-00.010.017 (Beilage E) von
bisherigem Laufzeitende 12/2010 auf 11/2038 (für Ortskanalisation – BA 06)

beschlossen.

Zu 10.)

Rechnungsabschluss 2007 - Prüfbericht der BH Kirchdorf; Kenntnisnahme

Der vom Gemeinderat in der Sitzung am 17.04.2008 beschlossene Rechnungsabschluss des Jahres 2007 wurde im Sinne der Bestimmungen des § 99 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91/1990 idgF. einer Prüfung unterzogen. Der von der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf/Krems

erstellte Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2007 vom 09.05.2008 wird von der Vorsitzenden vollinhaltlich verlesen, erläutert und zustimmend zur Kenntnis genommen.

GR Perner:

Er fügt hinzu, dass sich der Prüfungsausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dem Prüfbericht befasst.

Zu 11.)

Regions-Erlebnishallenbad Spital am Pyhrn; Grundsatzbeschluss

Bericht der Bürgermeisterin:

Die Gemeinde Spital am Pyhrn hat mit Schreiben vom 21.01.2008 (eingelangt am 28.02.2008) informiert, dass die Gemeinde seit über 30 Jahren das Hallenbad mit jährlichen Abgängen mit bis zu €170.000,- betreibt. Diesem Umstand Rechnung tragend beabsichtigt die Gemeinde Spital am Pyhrn das Regionshallenbad zu revitalisieren und zu einem Erlebnisbad mit einem umfangreichen Sauna- und Wellnessangebot umzugestalten.

Dies ist unbedingt erforderlich, um das Bad für Gäste und Einheimische, besonders für Familien mit Kindern wieder attraktiv und anziehend zu machen. Schwimmen ist für alle Altersgruppen – von den Anfängern, die im Spitaler Hallenbad das Schwimmen lernen, bis hin zu den Senioren – gerade in der heutigen Zeit, in der die Verspannungen des Bewegungsapparates mehr und mehr zunehmen, als äußerst gesund zu bezeichnen.

Die Gemeinde Spital am Pyhrn ist fest davon überzeugt, dass die gesamte Region von einer Umgestaltung des Hallenbades hin zu einem Erlebnisbad mit einem Wellnessangebot profitieren wird und dieses Angebot dem Tourismus neue Impulse geben wird. Es wurde ersucht, im Gemeinderat die vorbereiteten Grundsatzbeschlüsse wie folgt zu fassen:

„Die Gemeinde Roßleithen unterstützt das Vorhaben zur Revitalisierung des „Regionserlebnishallenbades Spital am Pyhrn“ und wird sich bei den zuständigen Landesstellen dafür einsetzen, die Finanzierung sicherzustellen. Die Betriebskosten werden auch nach der Revitalisierung zur Gänze von der Gemeinde Spital am Pyhrn getragen.

Vor der Inangriffnahme der Revitalisierung ist vom Land OÖ. ein Finanzierungsplan (Genehmigung nach § 86 der OÖ. GemO 1990) zu erstellen, der übereinstimmend von allen beteiligten Stadt/Marktgemeinden/Gemeinden zu beschließen ist.“

Der Bauausschuss in seiner Sitzung am 27.03.2008 kam zu keiner Einigung und schlug vor, dass vor Fassung eines Grundsatzbeschlusses eine gemeinsame Beratung mit allen betroffenen Bürgermeistern im Regionalen Planungsbeirat empfehlenswert wäre. Man sprach sich dafür aus, dass erst nach Vorliegen einer Gesamtkostenaufstellung mit Aufteilung der BZ-Mittel auf die einzelnen Gemeinden der Grundsatzbeschluss gefasst werden sollte.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 einigte sich, die Fassung des Grundsatzbeschlusses zu Empfehlen, jedoch mit der Bedingung, dass alle neun Regionsgemeinden dieses Projekt mittragen und den diesbezüglichen Grundsatzbeschluss fassen.

GV Stöger:

Er meint, das Wichtigste ist, dass alle Bürgermeister der Region hinter diesem Projekt stehen. Das ganze Projekt hat keinen Sinn, wenn eine oder mehrere Gemeinden ein anderes Projekt planen oder irgendwelche Visionen haben, z.B. ein zweites Bad in der Region zu bauen. Darum ist man im Gemeindevorstand zum Entschluss gekommen, dass dieser Grundsatzbeschluss nur dann gültig ist, wenn alle anderen Bürgermeister der Region hinter diesem Projekt stehen. Er meint, ein Abgang von €170.000,- ist nicht wenig; und ein Abgang wird jedes Jahr sein. Die Betriebskosten werden von der Gemeinde Spital am Pyhrn übernommen; irgendwann wird auch der Abgang an die Regionsgemeinden aufgeteilt werden. Es ist ganz klar, dass dies so kommen wird, und die Gemeinden für die Betriebskosten und den Abgang aufkommen werden. Er meint, dass der gemeinsame Beschluss eine ganz wichtige Sache ist. Er hat sich die Besucherstatistik angesehen – 28,4 % sind von Liezen, und 25 % von Spital. Jene Gemeinden, von denen die meisten Besucher kommen, sollten in dieses Konzept eingebunden werden (Liezen, Selzthal, Rottenmann,...). Es sollte mit diesen Gemeinden ein Gespräch geführt werden – denn falls eine Gemeinde etwas anderes plant, wäre auch das Bad in Spital umzuplanen. Er schlägt vor, dies in der nächsten Bürgermeisterkonferenz anzusprechen. Er stellt den Antrag, den Grundsatzbeschluss wie vorhin erläutert zu fassen.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie berichtet dazu, dass Bgm. Exenberger mit dem Regionalen Management in der Steiermark in Kontakt ist. Es wird dort besprochen, wie viel die betroffenen Gemeinden der Steiermark mitzahlen.

GR Perner:

Auch er denkt, dass das Projekt eine gemeinsame Sache ist. Wir sind ein großes Einzugsgebiet und haben einen Golfplatz und große Sportplätze zu bieten. Auch das geplante Hallenbad wird attraktiv für die Tourismusbranche, deshalb schließt er sich dem gestellten Antrag an.

Vzbgm. Glanzer:

Im Gemeindevorstand hat man sich mit dieser Materie eingehend befasst. Es ist nun wichtig, dass man „über den Tellerrand hinaussieht“ und überregionale Projekte unterstützt. Er hofft, dass sich die Bürgermeister bald einig werden. Manche persönliche Befindlichkeiten gewisser Bürgermeister müssen hintangestellt werden. Er schließt sich dem gestellten Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig beschlossen, dass die Gemeinde Roßleithen das Vorhaben zur Revitalisierung des „Regionserlebnishallenbades Spital am Pyhrn“ unterstützt und sich bei den zuständigen Landesstellen dafür einsetzen wird, die Finanzierung sicherzustellen, wenn auch alle anderen 8 Regionsgemeinden dieses Projekt mittragen und den diesbezüglichen Grundsatzbeschluss fassen. Die Betriebskosten werden auch nach der Revitalisierung zur Gänze von der Gemeinde Spital am Pyhrn getragen.

Zu 12.)

Erlassung einer neuen Geschäftsordnung für Kollegialorgane (Beilage F)

Die Bürgermeisterin berichtet:

Mit Verordnung des Gemeinderates vom 12.04.2002 hat der Gemeinderat zuletzt die Geschäftsordnung für die Kollegialorgane der Gemeinde geändert bzw. beschlossen.

Da in der Zwischenzeit durch die Novellierung der O.ö. Gemeindeordnung wesentliche gesetzliche Änderungen eingetreten sind, hat der Oö. Gemeindebund die „Mustergeschäftsordnung“ überarbeitet und im Heft 43 der Schriftenreihe des Oö. Gemeindebundes neu aufgelegt. Vom Gemeinderat wäre nun diese modifizierte Geschäftsordnung zu beschließen. Sie wurde von der Bürgermeisterin vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Nach Beschlussfassung im Gemeinderat wird ein Exemplar der Geschäftsordnungen an alle Gemeindemandatäre verteilt.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 empfahl einhellig die Beschlussfassung der modifizierten Geschäftsordnung für Kollegialorgane.

Vzbgm. Glanzer:

Er stellt den Antrag, der Geschäftsordnung für Kollegialorgane die Zustimmung zu erteilen.

Beschluss:

Einstimmig und durch Handhebung wird beschlossen, die als Beilage F angeschlossene Geschäftsordnung für die Kollegialorgane (Schriftenreihe des Oö. Gemeindebundes 43/2008) zu erlassen. Zugleich wird die bisher geltende Geschäftsordnung vom 12. April 2004 außer Kraft gesetzt.

Zu 13.)

Erlassung einer neuen Dienstbetriebsordnung (Beilage G)

Bericht der Bürgermeisterin:

Der Gemeinderat hat zuletzt am 11.04.2003 eine Dienstbetriebsordnung erlassen. Diese Dienstbetriebsordnung regelt die innere Organisation und den Betrieb des Gemeindeamtes. Sie ist nicht mehr zeitgemäß.

Aufgrund geänderter gesetzlicher Bestimmungen hat der OÖ Gemeindebund mit Schriftenreihe 42/2008 nun eine neue modifizierte Dienstbetriebsordnung ausgearbeitet, die vorliegt und von der Bürgermeisterin vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wurde. Es sei notwendig, diese an die neuen rechtlichen Grundlagen angepasste Ordnung nun neu zu beschließen.

Der GV hat in seiner Sitzung am 17.06.2008 empfohlen, die vorliegende modifizierte Dienstbetriebsordnung zu beschließen.

Vzbgm. Glanzer:

Er stellt den Antrag, die Dienstbetriebsordnung in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Beschluss:

Durch Handhebung wird der einstimmige Beschluss gefasst, auf Grund des § 37 (3) Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. 91/1990 idF der GemO-Novelle 2002, LGBl. Nr. 82, zur Ordnung des inneren Dienstes beim Gemeindeamt Roßleithen die als Beilage G angeschlossene Dienstbetriebsordnung aus der Schriftenreihe des oö. Gemeindebundes Nr. 42/2008 zu erlassen. Zugleich wird die bisher geltende Dienstbetriebsordnung vom 11. April 2003 außer Kraft gesetzt.

Zu 14.)

Altbürgermeister Manfred Atzmüller – Ernennung zum Ehrenbürger und Verleihung des Ehrenringes (Dringlichkeitsantrag)

Bericht der Bürgermeisterin:

Manfred Atzmüller war in der Zeit von 06.02.1997 bis 10.02.2008 Bürgermeister von Roßleithen und darüber hinaus in vielen Ausschüssen und Organen außerhalb der Gemeinde laut beiliegender Auflistung vertreten.

Er hat sich während seiner Zeit als Kommunalpolitiker und darüber hinaus im außerordentlichen Maße um die Belange der Gemeinde Roßleithen und der Region Pyhrn-Priel bemüht und hat es daher verdient, mit einer dementsprechenden Auszeichnung der Gemeinde Roßleithen gewürdigt zu werden.

Es wird vorgeschlagen, ihm für seine Verdienste die Ehrenbürgerschaft und den Ehrenring zu verleihen.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 empfahl einhellig, Altbürgermeister Manfred Atzmüller zum Ehrenbürger von Roßleithen zu ernennen und den Ehrenring zu verleihen. Die Verleihung wird voraussichtlich bei der Amtshauseröffnung am 25.10.2008 stattfinden.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stellt den Antrag, Altbürgermeister Manfred Atzmüller zum Ehrenbürger zu ernennen und den Ehrenring von Roßleithen zu verleihen.

GV Stöger:

Er schließt sich dem gestellten Antrag an. Jeder weiß, dass Manfred Atzmüller für die Gemeinde und deren Bürger und Wirtschaft viel getan hat. Er ist jedem Wirtschaftstreibendem bei Anträgen, Genehmigungen und Bauangelegenheiten behilflich gewesen – dabei denkt er zurück an die Firma Schröckenfux. Auch sind für die einheimische Wirtschaft Aufträge der Gemeinde gekommen und Manfred Atzmüller hat sich immer bemüht diese einheimischen Betriebe zu bedienen.

GR Kirisits:

Dies ist zwar eine öffentliche Sitzung, jedoch bittet er alle Gemeinderäte, niemandem von diesem Vorhaben etwas zu verraten. Schließlich sollte es eine Überraschung für Altbürgermeister Manfred Atzmüller sein.

GR Perner:

Er schließt sich dem gestellten Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig beschlossen, Altbürgermeister Manfred Atzmüller zum Ehrenbürger von Roßleithen zu ernennen und den Ehrenring zu verleihen. Das Ehrenfest mit Verleihung (Ehrenbürgerurkunde und Ehrenring) wird voraussichtlich bei der Amtshauseröffnung am 25.10.2008 stattfinden.

Zu 15.)

Pießling Ursprung – ortspolizeiliche Verordnung über ein generelles Verbot für Befahrungs- und Tauchgänge (Dringlichkeitsantrag)

Bericht der Bürgermeisterin:

Mit Bescheid des Amtes der Oö. Landesregierung, Abt. Naturschutz, vom 09.05.2008, Zl. N-200578/14-2008-Has/Hi, wurde dem Verein für Höhlenkunde in Obersteier, 8983 Bad Mitterndorf, das Höhlentauchen im Naturdenkmal Pießling-Ursprung bewilligt.

Nach schweren Tauchunfällen mit tödlichem Ausgang von erfahrenen und anerkannten Tauchern Ende der 80-ziger und Anfang der 90-ziger Jahre wurden von der Gemeinde seither generell Tauchgänge verboten. Allein die Vermisstensuche und Totenbergung des letzten Unglücks verursachte über €20.000,--. Überdies befindet sich im Quelltopf in ca. 15 m Tiefe der Saugkopf für die zusätzliche Ortswasserversorgung.

Da bei weiteren Tauchgängen eine neuerliche Katastrophe nicht ausgeschlossen werden kann, wird empfohlen, ein generelles Verbot durch eine ortspolizeiliche Verordnung zu erlassen:

Der Gemeindevorstand empfahl in seiner Sitzung am 17.06.2008 einhellig die Beschlussfassung der im Entwurf vorgelegenen Verordnung für ein generelles Befahrungs-, Tauch-, Bade-, Schwimm- und Schnorchelverbot im Pießling Ursprung. Dieses Verbot sollte auch direkt beim Pießling Ursprung durch Anbringen einer Tafel kundgemacht werden.

GR Pernkopf:

Er findet die Vorgangsweise etwas eigenartig. Zuvor war es nicht offiziell, dass das Tauchen verboten ist. Daher hat man beim Land nachgefragt, welches aber das Tauchen erlaubt hat – danach kam der große Aufschrei. Mit dieser ortspolizeilichen Verordnung wird das Tauchen im Pießling Ursprung wieder verboten. Wie schon gesagt, er meint, diese Vorgangsweise sei etwas eigenartig, aber nichts desto trotz ist das Tauchverbot wichtig, schließlich ist es auch unser Trinkwasser. Er stellt daher den Antrag, das generelle Tauchverbot für den Pießling Ursprung zu beschließen.

Bgm. Dittersdorfer:

Die Vorgangsweise war ihrer Meinung nach nicht eigenartig. Die Tatsache war, dass es keine Verordnung gegeben hat. Es hat immer geheißen, dass man nicht tauchen darf, was aber nie verordnet wurde. Die Verordnung hätte zwar auch ohne die Auskunft des Landes beschlossen werden können. Es hatte aber geheißen, dass das Land zuständig ist, daher glaubte sie, dass eine Stellungnahme abgegeben werden müsse. Sie hatte nicht damit gerechnet, dass das Land sofort eine Bewilligung ausstellt.

GR Pawluk:

Wo sich ein Trinkwasser befindet, ist es selbstverständlich, dass keiner darin herumtauchen darf. Er schließt sich den gestellten Anträgen an, damit die Verordnung beschlossen werden kann. Ausgenommen sind die Taucher, die den Trichter im Pießling Ursprung reinigen müssen.

GR Radaelli:

Er stellt die Frage, ob dieses Verbot beim Pießling Ursprung gekennzeichnet wird.

Bgm. Dittersdorfer:

Ja, durch Anbringen einer entsprechenden Hinweistafel.

GR Kirisits:

Für diese steirische Tauchgruppe ist nun vom Land eine Bewilligung erteilt worden. Die Verordnung muss daher denen so schnell als möglich zur Kenntnis gebracht werden.

Bgm. Dittersdorfer:

Es hat sie sehr verwundert, weshalb diese Verordnung nicht schon lange im Gemeinderat beschlossen wurde.

GR Pernkopf:

Allerdings gibt es ein Schild mit „tauchen verboten“; jedoch ist dieses ohne Rechtsgrundlage.

Beschluss:

Durch Handhebung wird folgender einstimmige Beschluss gefasst:

ORTSPOLIZEILICHE VERORDNUNG

des Gemeinderates der Gemeinde Roßleithen vom 20. Juni 2008, womit ein **generelles Befahrungs-, Tauch-, Bade-, Schwimm- und Schnorchelverbot** für den als Naturdenkmal festgestellten **Pießling-Ursprung** auf Parzelle Nr. 1079/3, KG Roßleithen, erlassen wird.

Gemäß § 41 O.ö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990, in Verbindung mit § 58 des zit. Gesetzes wird verordnet:

§ 1

Für den als Naturdenkmal festgestellten Pießling Ursprung, Parzelle Nr. 1079/3, KG Roßleithen, wird ein **generelles Befahrungs-, Tauch-, Bade-, Schwimm- und Schnorchelverbot** erlassen. Im Lageplan, der einen wesentlichen Bestandteil dieser Verordnung bildet, ist dieser Bereich „rosa“ gekennzeichnet.

§ 2

Ausgenommen vom Verbot gemäß § 1 ist das Befahren und Tauchen durch von der Gemeinde autorisierte Taucher zum Zwecke der Reinigung des im Quelltopf in ca. 15 m Tiefe befindlichen Saugkopfes für die Notwasserversorgung der Gemeinde Roßleithen.

§ 3

Die Nichtbefolgung dieser Verordnung gilt gemäß § 41 O.ö. Gemeindeordnung 1990 als Verwaltungsübertretung und wird mit einer Geldstrafe bis €220,--, wenn aber mit einer Geldstrafe nicht das Auslangen gefunden werden kann, mit Arrest bis zwei Wochen bestraft.

§ 4

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Abs. 1 OÖ. Gemeindeordnung 1990 durch 2 Wochen kundgemacht und wird mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.

Darüber hinaus erfolgt gemäß § 94 Abs. 3 OÖ. Gemeindeordnung 1990 eine Kundmachung durch Anbringen entsprechender Hinweistafeln.

Zu 16.)

**Grundkauf „Hackl“, Zwischenfinanzierung – Darlehensverlängerung
(Dringlichkeitsantrag) (Beilagen H und I)**

Bericht der Bürgermeisterin:

Der Gemeinderat hat am 13.04.2004 beschlossen, für den vom GR ebenfalls am 13.02.2004 beschlossenen gerichtlich auferlegten Grundstückskauf „Hackl“ einen Zwischenfinanzierungskredit in Höhe von je €22.000,-- sowohl bei der Sparkasse Kremstal-Pyhrn als auch bei der RAIBA Windischgarsten aufzunehmen. Diese Darlehensaufnahme wurde beim Land OÖ am 03.03.2004 zur Genehmigung beantragt.

Mit Schreiben des Landes OÖ, Abt. Gemeinden, vom 08.07.2005 wurde gegenständliche Darlehensaufnahme in Höhe des derzeit aushaftenden Gesamtbetrages von €26.344,20 (jeweils €13.172,10 bei der Sparkasse Kremstal Pyhrn AG und bei der Raiffeisenbank Windischgarsten) für die Zwischenfinanzierung des Grundstückkaufes „Hackl“ gemäß § 84 Abs. 3 der Oö. Gemeindeordnung 1990 aufsichtsbehördlich genehmigt.

Der diesbezügliche Nachtragsbeschluss über die geänderte Darlehenshöhe wurde vom GR am 30.09.2005 gefasst.

Beide Darlehensverträge laufen bald ab (Sparkasse und Raiba am 30.06.2008) und sollten nun bis 30.06.2009 verlängert werden. Die Verlängerungsverträge liegen bereits im Entwurf vor. Beide Institute haben die Zinssätze dem aktuellen Stand angepasst, wobei bei der Raiba wie bisher 0,15 %-Punkte auf den 6-Monats-EURIBOR zugeschlagen werden und bei der Sparkasse der bisherige Fixzinssatz von 3,34 % auf 5,6750 % erhöht wurde.

Nach Umsetzung der touristischen Einrichtungen auf dem Grundstück, mit denen bereits begonnen wurde (Informationspunkt, Rastmöglichkeit, Beschilderung usw.), erhält die Gemeinde eine zweite Rate an Landesunterstützung in Höhe von ebenfalls €19.000,--.

Durch umfangreiche grundbücherlich durchzuführende Löschungen von Grundstücksbelastungen ist leider eine Verzögerung eingetreten.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 17.06.2008 sprach sich für die Verlängerung der beiden Darlehen lt. bereits vorliegender Krediturkunden aus.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stellt den Antrag, diese Darlehen bei beiden Kreditinstituten zu verlängern.

GR Menneweger:

Er schließt sich dem gestellten Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird der einstimmige Beschluss gefasst, die beiden aufsichtsbehördlich genehmigten Darlehen für die Zwischenfinanzierung des Grundkaufes „Hackl“ in Gesamthöhe von € 26.344,20 sowohl bei der Sparkasse Kremstal Pyhrn AG (Beilage H) als auch bei der Raiffeisenbank Windischgarsten (Beilage I) mit jeweils €13.172,10 bis 30.06.2009 zu verlängern. Die beiden von der Bürgermeisterin vollinhaltlich zur Kenntnis gebrachten und als Beilage H und I angeschlossenen Kreditverlängerungs-Urkunden wurden einstimmig genehmigt.

Zu 17.)

Allfälliges

a) Gemeindeübergreifendes Jugendzentrum

Bgm. Dittersdorfer berichtet, dass sie mit Herrn Bmst. Kniewasser den beabsichtigten Standort für das gemeindeübergreifende, unparteiische Jugendzentrum (Sportplatz, Vereinshaus Freystetter) besichtigt hat. Bmst. Kniewasser hat den Auftrag, eine Kostenschätzung für die Sanierungsmaßnahmen zu erstellen (eine Heizung muss eingebaut werden, Isolierung, Zwischenwände werden entfernt). Für die Finanzierung spricht sie sich mit Bgm. Vögerl zusammen. 25 % der Kosten werden vom Land OÖ finanziert. Näheres wird in einer Familienausschusssitzung beraten.

b) Vergabe von Arbeiten für das neue Amtsgebäude – Information

Bgm. Dittersdorfer informiert den Gemeinderat, dass die EDV-Arbeiten in der Gemeindevorstandssitzung am 17.06.2008 vergeben wurden. Der Auftrag für den Server samt Lizenzen etc. ergeht an die Gemdat und der Auftrag für die restliche EDV-Anlage mit Installation, Betreuung und Telefonanlage an Josef Edtbauer „Pyhrn-Priel TV“.

Weiters wurde im Gemeindevorstand am 15.04.2008 der Auftrag für Archivschränke an die Firma BeSystems aus Arbing erteilt.

c) Zeitschrift des OÖ Gemeindebundes - Einsparung

Jeder Gemeinderat bekommt monatlich die Zeitschrift des OÖ Gemeindebundes zugeschickt, was laut Ansicht von Bgm. Dittersdorfer nicht unbedingt notwendig ist. Der Gemeinde kostet das € 400,- im Jahr. Bgm. Dittersdorfer schlägt vor, dass in Zukunft nur jeder Fraktionsobmann eine Ausgabe der Zeitschrift bekommt. Die Gemeinderäte werden sich dies bis zu einer nächsten Sitzung überlegen.

d) Altstoffsammelzentrum – weitere Öffnungszeiten; Informationen zum Wiegesystem

Bgm. Dittersdorfer wurde vom Gemeinderat gebeten, bei einer Bezirksabfallverbandssitzung vorzusprechen bezüglich Wiegesystem und weiterer Öffnungszeiten für das ASZ. Dazu berichtet sie, dass sie bei der Sitzung des Bezirksabfallverbandes auf die Frage für weitere Öffnungszeiten für das ASZ keine Unterstützung von anderen Bürgermeister der Region bekommen hat. Es ist nicht einfach, an Samstagen ein Personal zu bekommen. Ihr Anliegen wird nun vom Bezirksabfallverband geprüft.

Auch die Frage, ob ein Wiegesystem in der Gemeinde vorstellbar wäre, hat sie in der Bezirksabfallverbandssitzung vorgebracht; wobei ihr gesagt wurde, dies zuerst mit der heimischen Firma Kälhs zu besprechen. Vom Land OÖ ist dieses System nicht gewünscht, da es sehr teuer ist. Herr Kälhs würde eine Umrüstung nur eines Fahrzeuges ungefähr €80.000,- kosten. Weiters müssten alle Mülltonnen ausgetauscht werden, da ein Chip in der Tonne notwendig wäre. Müllsäcke gäbe es auch nicht mehr. Dazu kommen noch andere Probleme, z.B. dass die Daten des Chip nicht lesbar sind wenn es gefroren ist, etc. Herr Kälhs erklärt sich gerne bereit, dem Gemeinderat über das Wiegesystem und deren Folgen vorzutragen. Bgm. Dittersdorfer meint, dass durch ein Wiegesystem die Gefahr bestehen könnte, dass die Bürger ihren Müll anderwärtig entsorgen (Verbrennen, etc.), um ja wenig Gewicht in der Tonne zu haben.

GV Stummer berichtet über ein Projekt des Abfallverbandes Pongau, das rund 20 Gemeinden umfasst. Sämtliche Mülltonnen wurden dort mit Chip ausgestattet und die ersten Erfahrungen sind sehr positiv und es konnten Einsparungen erzielt werden. Vielleicht könnte man mit dem Umweltausschuss eine Exkursion dorthin machen, um vor Ort dieses System anzusehen.

Grundsätzlich sollte man neuen Systemen positiv gegenüber stehen – doch dazu sind alle Gemeinden des Bezirkes aufgefordert, an einem Strang zu ziehen.

Bgm. Dittersdorfer erwähnt, dass man bei den GEWOG-Bauten in Roßleithen einen Papiercontainer aufstellen möchte, da zur Zeit viel Papier im Restmüll zu finden ist.

e) *Silbernes Verdienstzeichen – Ehrungen für Betriebsführende*

In der Gemeindevorstandssitzung am 15.04.2008 wurde das Thema Silbernes Ehrenzeichen für Ing. Harald Humpl, Dir. Baudinger u. Rudolf Schmid behandelt. GV DI Stummer brachte damals die Idee ein, im Zuge dessen auch andere Betriebsführende von Unternehmen der Gemeinde Roßleithen, die in Pension sind und einen Betrieb unter sehr schweren Bedingungen in der Nachkriegszeit in Roßleithen aufgebaut und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben, zu ehren (silberne Ehrenzeichen). Der Gemeindevorstand einigte sich, dieses Thema in einem eigenen Arbeitskreis zu besprechen. GV Stummer ist an Bgm. Dittersdorfer herangetreten und empfahl, dieses Thema nicht in einem eigenen Arbeitskreis zu behandeln, sondern im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen. Der Obmann dieses Ausschusses, GV Stummer, wird dafür eine Sitzung einberufen.

f) *Heizhaus – aktueller Stand*

Bgm. Dittersdorfer erinnert, dass es bezüglich dem Heizhaus für das neue Amtsgebäude zu Beginn ihrer Amtszeit einige Probleme gegeben hat. Bmst. Kniewasser hatte das Heizhaus als Anbau an das bestehende Bauhofgebäude geplant. Herr Ing. Pollhammer meinte dann, dass dieses Projekt nochmals überlegt werden muss, da man sich durch das Heizhaus den neuen Ortsplatz „verschandeln“ würde. Außerdem sollte langfristig der Bauhof von diesem neu geschaffenen Ortsplatz wegkommen. Nach vielen Überlegungen ist Herr LR Ackerl nach Roßleithen gekommen, der uns versicherte, dass er für das alte Gemeindeamt kein Geld zur Verfügung stellt. Er schlug den Standort des alten Gemeindeamtes für das neue Heizhaus vor. Die umliegenden Nachbarn wurden angeschrieben, ob ein Anschluss an das Heizhaus gewünscht wird. Insgesamt sind es nun 13 Interessenten. Das Land muss nun das gesamte Projekt auf Wirtschaftlichkeit prüfen. Herr Ing. Hofer (plant das Heizhaus) hat mit AL Schmid und mit Herrn Wittinghofer vom Land diese Prüfungen vorgenommen – einige Berechnungen werden noch erstellt. Sie hofft, dass bis im September klar ist, wie hoch die Anschlusskosten und laufenden Kosten sein werden. Danach wird dies den Interessenten vorgelegt und ein Vorvertrag erstellt. Die Beheizung des neuen Amtshauses wird diesen Winter eventuell mit der alten Ölheizung oder mit Strom erfolgen.

Bgm. Dittersdorfer berichtet, dass heute ein Schreiben von LR Ackerl eingelangt ist, welches sie dem Gemeinderat verliest. In diesem Schreiben werden BZ-Mittel für einen neuen Bauhof versichert und die Empfehlung abgegeben, das Heizhaus an Stelle des alten Amtsgebäudes (welches abgerissen werden sollte) zu situieren.

g) *Kinderfreunde Roßleithen – Einladung zum Maibaumumschneiden*

Bgm. Dittersdorfer lädt alle Gemeinderäte recht herzlich zu einem Familienfest bei der Villa Sonnwend mit Maibaumumschneiden der Kinderfreunde Roßleithen am 28.06.2008 ab 11.00 Uhr ein.

h) *Bankomat für das neue Amtsgebäude*

GR Kirisits berichtet, dass in der Bauausschusssitzung am 16.06.2008 über einen Bankomaten in der Nähe des Amtsgebäudes diskutiert wurde. Bmst. Kniewasser meinte jedoch, dass ein Bankomat völlig undenkbar ist, da die baulichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Auf seine Frage, ob ein Bankomat beim Betreibbaren Wohnen vorstellbar wäre, antwortet Bgm. Dittersdorfer, dass bereits bei beiden Banken nachgefragt wurde, jedoch ein Bankomat in Roßleithen sich niemals rentieren würde. GV Stöger berichtet dazu, dass im Altenheim Windischgarsten die Bank ca. ein Mal in der Woche direkt für ein oder zwei Stunden kommt

um Bankgeschäfte zu erledigen. Er könnte sich vorstellen, dass dies genauso beim Betreubaren Wohnen funktionieren würde.

i) Heizhaus für neues Amtsgebäude – Dank an Bgm. Dittersdorfer

GR Pawluk spricht den großen Einsatz von Bgm. Dittersdorfer betreffend dem Heizhaus (wie bereits unter Punkt Allfälliges f besprochen) an. Falls es gelingt, den Bauhof tatsächlich woanders zu situieren, könnte ein beruhigter Platz – ein Platz der Kommunikation – entstehen. Dass dies geschafft wurde, gebührt Bgm. Dittersdorfer ein großer Dank.

j) Gemeindeausflug am 11.-12. Oktober 2008

Jedes Gemeinderatsmitglied hat eine Einladung zum Gemeindeausflug samt Programm bekommen. GV Graßbecker als Ausflugskomitee-Obmann hofft, dass es jedem möglich ist, mitzufahren. Bei sehr schlechtem Wetter hat Herr Eckerstorfer anstelle der Zugspitzenfahrt ein Alternativprogramm zusammengestellt.

k) E-Mail Adressen der Gemeinderäte

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Liste durchgegeben, in der jedes Gemeinderatsmitglied seine E-Mail Adresse bekannt geben sollte. GR Wolff stellt die Frage, ob die E-Mail Adressen weitergegeben werden bzw. auf der Homepage der Gemeinde Roßleithen veröffentlicht werden – er hat nämlich schlechte Erfahrungen gemacht. Es kommt oft vor, dass durch das Veröffentlichen der E-Mail-Adresse auf einer Homepage viele unerwünschte Mails (Spam-Mails) folgen. Bgm. Dittersdorfer versichert, dass die Adresse nur für das Programm „Session“ (Sitzungsmanagement der GEMDAT) benötigt und nicht im Internet veröffentlicht werden.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 20.30 Uhr.

.....
Vorsitzende

.....
Schriftführer

Die Reinschrift dieser Verhandlungsschrift lag bis zur Sitzung des Gemeinderates vom und während der Sitzung zur Einsicht für die Mitglieder und Ersatzmitglieder, die an der Sitzung teilgenommen haben, auf.

Gegen die aufliegende Verhandlungsschrift wurden keine Einwendungen erhoben*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst*.

Roßleithen, am

.....
Vorsitzende

.....
für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion

.....
für die ÖVP-Gemeinderatsfraktion

.....
für die FPÖ-Gemeinderatsfraktion

*Nichtzutreffendes streichen